

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, René Bochmann, Thomas Dietz, Peter Felser, Karsten Hilse, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Bedrohung des Friedens im Osten der Demokratischen Republik Kongo durch Ruandas rohstoffbedingte Kriegshandlungen – Die Unterstützung der Europäischen Union für die ruandische Armee beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Krieg und extreme Gewalt kennzeichnen die Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Der anhaltende Konflikt steht im Zusammenhang mit dem Abbau von Mineralien, die für die Herstellung unter anderem von Handys, und vor allem für Batterien von Elektrofahrzeugen benötigt werden. Für die Batterien von Elektrofahrzeugen sind Kobalt und Coltan unerlässlich, da diese Metalle hohe Energiedichten ermöglichen. Etwa zehn Kilo werden für das Batteriepaket eines E-Pkw benötigt. Zwei Drittel des Kobalts, das derzeit weltweit verarbeitet wird, kommt aus der Demokratischen Republik Kongo und insbesondere aus dem Osten des Landes (www.automobilproduktion.de/technologie/wettlauf-um-rohstoffe-fuer-e-mobility-rohstoff-imperialismus-371.html).

Nach Einschätzungen von Experten der Vereinten Nationen spielt die Republik Ruanda in diesem Konflikt eine sehr schädliche Rolle, indem sie bewaffneten Gruppen, die die Rohstoffe im Osten des Kongos plündern, eine Rückzugsbasis bietet (www.spiegel.de/ausland/uno-bericht-ruandas-armee-im-osten-der-demokratischen-republik-kongo-im-einsatz-a-750bb398-cea1-4ada-91ab-01b36516c64a). Durch ihre Kriegshandlungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist es der ruandischen Regierung dort nun fast 20 Jahre lang gelungen, den Zugriff auf 70 Prozent der Coltan-Reserven zu verschaffen. Und Coltan ist nur ein Beispiel.

Ebenso ist im Osten der Demokratischen Republik Kongo die Verschleppung und Rekrutierung von Kindersoldaten eine traurige Realität, die der UN-Kinderrechtskonvention zuwiderläuft.

Aus verschiedenen Berichten geht hervor, dass die ruandische Regierung versucht, das Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo aufzuteilen. Zu diesem Zweck werden ethnische Konflikte befeuert, was nach Einschätzung von Experten ein ernsthaftes Risiko für eine Regionalisierung des Krieges darstellt.

Ende 2022 wurde ein Friedensabkommen in Angola unterzeichnet. Aber dazu sind viele Beobachter skeptisch, denn die Rebellen setzen ihre Angriffe fort, obwohl sie

ihren Rückzug angekündigt hatten. Ruanda wird vorgeworfen, weiterhin die Rebellen zu bewaffnen.

Trotz all dieser Tatsachen, die die ruandische Regierung belasten, hat die EU-Kommission der ruandischen Armee im Dezember 2022 eine Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Euro gewährt. Die Antragsteller verurteilen diese EU-Unterstützung für Ruanda und bewerten das als eine implizite Art, Ruandas Kriegshandlungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten aufzufordern, ihre Zusammenarbeit mit der ruandischen Armee sowie alle dafür vorgesehenen Mittel auszusetzen;
2. die in den Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo verwickelten Staaten durch einen kohärenten außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Ansatz im Rahmen des politischen Dialogs zu verpflichten, sich für einen friedlichen Interessenausgleich einzusetzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen;
3. insbesondere die Regierung des Nachbarstaats Ruanda aufzufordern, die Unterstützung von Milizen zu beenden, die Grenzen der Demokratischen Republik Kongo zu respektieren und die illegale Ressourcenausbeutung in deren Osten zu unterlassen;
4. die Regierung der Demokratischen Republik Kongo dabei zu unterstützen, die Entwaffnung und Demobilisierung der Milizen gemäß dem Friedensabkommen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda in die Wege zu leiten und zu beschleunigen;
5. sich auf internationaler Ebene, insbesondere im VN-Sicherheitsrat dafür einzusetzen, dass die bisherige humanitäre Versorgung im Osten der Demokratischen Republik Kongo quantitativ und qualitativ besser gestaltet wird, dass gegen die Republik Ruanda ein Waffenembargo verhängt und konsequent überwacht wird und dass Ruanda seinen ständigen Versuch, das Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo aufzuteilen, beendet;
6. des Weiteren auf europäischer und internationaler Ebene vor den katastrophalen Folgen der Instrumentalisierung der ethnischen Frage für die gesamte Region zu warnen.

Berlin, den 13. April 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Damit die sogenannten Klimaziele der Bundesregierung erreicht werden, sollen bis 2030 mindestens sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren (www.bmuv.de/themen/luft-laerm-mobilitaet/verkehr/elektromobilitaet/foerderung). Zu diesem Zweck wird die Elektromobilität idealisiert, der Diesel dagegen verurteilt, deutsche Autohersteller werden bestraft.

Die kritische Komponente eines E-Autos ist sein Akku, für dessen Bau ein Mix aus Rohstoffen benötigt wird. So werden Kobalt, Coltan, Kupfer, Nickel, Lithium und andere seltene Metalle fragwürdiger Herkunft zunächst an

Rohstoffhändler verkauft und von diesen an Batteriehersteller weiterverkauft, ohne dass deren Herkunft überprüft wird. Dem jedoch widerspricht das menschen- und umweltfreundliche Image der Elektromobilität zutiefst. Ohne die aus der Demokratischen Republik Kongo stammenden Metalle wie Kobalt, Kupfer, Coltan etc. wäre Elektromobilität nicht möglich. Besonders prekär ist die Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo, in der sich zwei Drittel der weltweiten Kobalt-Lagerstätten befinden. Schätzungsweise 80 Prozent der weltweiten Coltan-Vorkommen befinden sich in der Provinz Kivu im Osten der DR Kongo. Das Erz lagert direkt unter der Oberfläche, jeder kann es mit einer Schaufel abbauen (www.liberation.fr/planete/2019/07/28/en-republique-democratique-du-congo-le-controle-des-metaux-a-mauvaise-mine_1742574/).

Während ein Viertel der weltweiten Kobaltproduktion für die Herstellung von Smartphones verwendet wird, ist die Nachfrage aus der Automobilindustrie sogar noch deutlich größer. Während ein Smartphone etwa acht Gramm raffiniertes Kobalt verbraucht, benötigt eine Elektroautobatterie mehr als 8.000 Gramm, also tausend Mal mehr (www.agenceecofin.com/hebdop2/2202-54627-la-rdc-au-c-ur-d-une-bataille-mondiale-pour-le-cobalt-entre-les-industries-du-smartphone-et-de-l-automobile). Und da die Weltwirtschaft bis 2050 frei von CO₂-Emissionen sein soll, ergeben sich rasante Preiserhöhungen. Laut Berechnungen von Experten könnten die Preise für Kobalt im Jahr 2030 gegenüber 2020 um bis zu 500 Prozent ansteigen. Eine Tonne des Metalls würde dann 217.000 US-Dollar kosten. Die Elektromobilität ist damit der größte Wachstumstreiber für die Kobaltnachfrage. Die Demokratische Republik Kongo produziert mehr als 70 Prozent der globalen jährlichen Fördermenge an Kobalt (www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/kupfer-lithium-nickel-kobalt-rekordpreise-fuer-metalle-drohen-die-energiewende-auszubremsen/28007036.html). Der Ost-Kongo ist eines der Hauptabbaugebiete für Kobalt (www.stern.de/auto/fahrberichte/rohstoff-imperialismus_7939080-7939100.html).

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo wird Krieg geschürt, weil die sich dort befindenden und nun weltweit sehr begehrten Rohstoffe immer teurer werden. Der Hauptprofiteur dieser Situation ist die ruandische Regierung, die sich durch Kriegshandlungen bereits den Zugriff auf 70 Prozent Coltan-Reserven in der Demokratischen Republik Kongo verschafft hat, wobei Coltan nur ein Beispiel ist (www.sueddeutsche.de/politik/kongo-krieg-um-rohstoffe-1.930099). Mit dem Ziel die dortigen Rohstoffe zu plündern, verfolgt Ruanda eine Strategie der politischen Manipulation, der Unterstützung von Rebellen und Milizen und der illegalen Militäreinsätze in den Osten der Demokratischen Republik Kongo. Dies befeuert den dortigen blutigen Konflikt, den verschiedene bewaffnete Gruppen und die Regierung um die Kontrolle über die reichen Rohstoffvorkommen führen. Die M23 ist die derzeit größte und am besten organisierte der schätzungsweise mehr als 120 militanten Gruppierungen. Laut Berichten der Vereinten Nationen wurden seit Beginn ihrer neuesten Offensive mehr als 180.000 Menschen vertrieben und Hunderte getötet. Zahlreiche Bemühungen, den Osten der Demokratischen Republik Kongo zu befrieden, auch mit Hilfe der UN-Mission MONUSCO, die seit mehr als 20 Jahren in dem Gebiet stationiert ist, sind bislang gescheitert (www.welt-sichten.org/nachrichten/40970/kongo-m23-rebellen-sagen-abzug-zu).

Trotz aller Beweise, die die ruandische Regierung hinsichtlich ihrer Beteiligung an der Destabilisierung, der Plünderungen und zahlreichen Kriegsverbrechen im Osten des Kongo belasten, hat die Europäische Kommission der ruandischen Armee im Dezember 2022 eine Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Euro gewährt (<https://actualite.cd/2022/12/02/lunion-europeenne-annonce-20-millions-deuros-supplementaires-au-rwanda-pour-la-poursuite>). Die Antragsteller missbilligen die Gewährung dieser Mittel und interpretieren dieses Vorgehen als Indiz eines stillschweigenden Versuches, Ruanda gegen die Demokratische Republik Kongo zu unterstützen und den östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo zu destabilisieren, um die nötigen Rohstoffe für den Elektromobilitätsmarkt zu plündern.

Ferner stellt diese Aggressions- und Plünderungspolitik der ruandischen Regierung im Osten der Demokratischen Republik Kongo ein ernsthaftes Risiko für die Verschärfung und sogar die Regionalisierung von ethnischen Konflikten dar. Im Jahr 1994 hatten radikalisierte Hutu rund 800.000 Tutsi unter den Augen von UN-Blauhelmsoldaten ermordet; beendet wurde der Genozid erst durch eine Tutsi-Truppe unter dem aktuellen ruandischen Präsidenten Kagame. Aufgrund der aktuellen Situation im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist ethnische Gewalt erneut entbrannt. Geschäfte und Eigentum von Ruändern und kongolesischen Tutsis wurden während der jüngsten Wellen von Anti-Ruanda-Protesten im Osten der Demokratischen Republik Kongo geplündert (<https://reliefweb.int/report/democratic-republic-congo/le-rwanda-et-la-rdc-risquent-la-guerre-avec-lemergence-de-la-nouvelle-rebellion-du-m23-une-explication>). Die Antragsteller leiten daraus ab, dass die gesamte Region von der Eskalation dieses Konflikts bedroht ist, da die ethnischen Gruppen der Hutu und Tutsi in allen Ländern der Region der Großen Seen (Ruanda, Demokratische Republik Kongo, Burundi, Kongo und Uganda) zu finden sind.

Nach Verhandlungen zwischen der kongolesischen Regierung und Ruanda Ende 2022 in der angolanischen Hauptstadt Luanda hatten die M23-Rebellen mehrfach den Rückzug aus den von ihnen besetzten Gebieten angekündigt. Aber paradoxerweise setzen diese Rebellen Ihre Angriffe fort. So machen die jüngsten Gefechte Hoffnungen auf eine Befriedung der Region zunichte und Ruanda wird vorgeworfen, weiterhin die Rebellen zu bewaffnen und den Konflikt zu befeuern (www.evangelisch.de/inhalte/211712/27-01-2023/m23-rebellen-nehmen-im-ostkongo-weitere-stadt-ein).

Anstatt ihre ganze Kraft der Bewaffnung der Ukraine gegen Russland zu widmen, sollte die Bundesregierung lieber diplomatische Bestrebungen für die Befriedung der Demokratischen Republik Kongo unternehmen, zumal dieses afrikanische Land, aufgrund seines Rohstoffreichtums, für Deutschland wirtschaftsstrategisch wichtig ist. Daher sind Frieden und Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo vollkommen im deutschen Interesse.